

# FEDERATION CYNOLOGIQUE INTERNATIONALE (AISBL)

13, Place Albert 1er, B - 6530 Thuin (Belgique), tel : ++32.71.59.12.38, fax :++ 32.71.59.22.29, Internet : <http://www.fci.be>

---

## GESCHÄFTSORDNUNG DER FCI



Kapitel 1 – Gegenstand und Anwendungsbereich der Geschäftsordnung .....	4
Artikel 1 – Gegenstand und Anwendungsbereich.....	4
Kapitel 2 – Definitionen.....	4
Artikel 2 – Definitionen .....	4
Kapitel 3 – Werte – Zucht- und Ethikkodex – Geheimhaltungspflicht.....	7
Artikel 3 – Werte .....	7
Artikel 4 – Zucht- und Ethikkodex .....	7
Artikel 5 – Geheimhaltungspflicht.....	8
Kapitel 4 – Mitgliedschaft.....	8
Artikel 6 – Aufnahmegesuche als Mitglied oder Vertragspartner: zu erfüllende Bedingungen.....	8
Artikel 7 – Einmischungsverbot.....	8
Kapitel 5 – Governance und operative Struktur .....	9
Teil 5.1. – Generalversammlung .....	9
Artikel 8 – Ausrichtung der ordentlichen Generalversammlung und/oder der Welthundenausstellung .....	9
Artikel 9 – Stimmabgaben .....	9
Teil 5.2. – Vorstand.....	10
Artikel 10 – Sitzungsregeln .....	10
Artikel 11 – Sitzungsprotokoll .....	10
Teil 5.3. – Exekutivkomitee .....	11
Artikel 12 – Sitzungsregeln .....	11
Artikel 13 – Sitzungsprotokoll .....	11
Kapitel 6 – Regeln für virtuelle Sitzungen .....	12
Artikel 14 – Allgemeine Bestimmungen.....	12
Artikel 15 – Registrierung.....	12
Artikel 16 – Diskussion .....	13
Artikel 17 – Abstimmung.....	13
Kapitel 7 – Rassestandards, Zuchtbücher und Zwingernamen .....	13
Artikel 18 – Anerkennung neuer Rassen .....	13
Artikel 19 – Rassestandards .....	13
Artikel 20 – Zuchtbücher .....	14
Artikel 21 – Zwingernamen .....	16

Kapitel 8 – Veranstaltungen .....	18
Artikel 22 – Internationale Veranstaltungen .....	18
Artikel 23 – Nationale Veranstaltungen .....	18
Kapitel 9 – FCI-Richter .....	18
Artikel 24 – FCI-Richter.....	18
Kapitel 10 – Streitbeilegung, Strafbestimmungen und Sanktionen.....	19
Artikel 25 – Disziplinar- und Schiedskommission.....	19
Artikel 26 – Streitbeilegungsverfahren .....	20
Kapitel 11 – Gesetzlicher Wohnsitz.....	22
Artikel 27 – Gesetzlicher Wohnsitz .....	22
Kapitel 12 – Interessenkonflikt.....	23
Artikel 28 – Definition .....	23
Artikel 29 – Verfahren .....	23
Kapitel 13 – Abschließende Bestimmungen.....	24
Artikel 30 – Anhänge .....	24
Artikel 31 – Änderung der Geschäftsordnung .....	24
Liste der Anhänge.....	24

## Kapitel 1 – Gegenstand und Anwendungsbereich der Geschäftsordnung

### Artikel 1 – Gegenstand und Anwendungsbereich

- 1.1. Gegenstand der vorliegenden Geschäftsordnung ist die Umsetzung und Vertiefung der Statuten der FCI, mit dem Anliegen, sicherzustellen, dass die FCI über die erforderlichen Tools für die Ausführung und Erreichung ihrer Ziele, Aktivitäten und Aufgaben verfügt.
- 1.2. Die vorliegende Geschäftsordnung etabliert unter anderem die (i) Bekräftigung der Werte und des Zucht- und Ethikkodex der FCI, (ii) die Governance und operative Struktur der FCI, (iii) die Regeln für virtuelle Sitzungen, (iv) die Regeln für Rassenstandards, Zuchtbücher und Zwingernamen, (v) die für FCI-Veranstaltungen auf internationaler und nationaler Ebene anwendbaren Regeln, (vi) die Regeln für FCI Richter, (vii) die Streitbeilegung und die Verfahren zur Beilegung von Interessenskonflikten.

## Kapitel 2 – Definitionen

### Artikel 2 – Definitionen

2.1. Im Rahmen der vorliegenden Geschäftsordnung haben die nachfolgenden Begriffe folgende Bedeutung:

- Die „**Absolute Mehrheit**“ wird erreicht, wenn ein Vorschlag eine (1) Fürstimme mehr als fünfzig (50) % der Stimmen erhält.
- „**Organisation**“ bezeichnet die „Fédération Cynologique Internationale AISBL“, wie im Artikel 1 der Statuten definiert.
- „**Assoziiertes Mitglied**“ hat die im Artikel 9 der Statuten definierte Bedeutung.
- „**Organe**“ bezeichnen die Generalversammlung, den Vorstand, das Exekutivkomitee, den Präsidenten und den Exekutivdirektor.
- „**Rassestandard**“ bezeichnet die detaillierte Beschreibung eines idealen Vertreters einer spezifischen Rasse.
- „**CACIB**“ bedeutet Certificat d’Aptitude au Championnat International de Beauté (Anwartschaft auf das Internationale Schönheits-Championat).
- „**CACIT**“ bedeutet Certificat d’Aptitude au Championnat International de Travail (Anwartschaft auf das Internationale Arbeits-Championat).
- „**CACIAG**“ bedeutet Certificat d’Aptitude au Championnat International d’Agility (Anwartschaft auf das Internationale Agility-Championat).
- „**CACIL**“ bedeutet Certificat d’Aptitude au Championnat International de Lévrier (Anwartschaft auf das Internationale Windhund-Championat).
- „**CACIOB**“ bedeutet Certificat d’Aptitude au Championnat International d’Obédience (Anwartschaft auf das Internationale Obédience-Championat).
- „**CACITR**“ bedeutet Certificat d’Aptitude au Championnat International de Travail sur Troupeaux (Anwartschaft auf das Internationale Hütehunde-Championat).
- „**Vertrauliche Informationen**“ umfassen alle Informationen, Analysen, Kompilationen, Studien, Dokumente oder Materialien (ob mündlich, schriftlich, elektronisch oder durch sonstige Medien) in Bezug auf die FCI, ihre Geschäfte, Operationen oder Finanzen, die auf interner Ebene der FCI diskutiert oder offengelegt werden, und die durch Beschluss der Generalversammlung oder des Vorstands als vertraulich betrachtet werden, sowie alle sensiblen Themen, wobei gilt, dass Informationen oder Materialien, die Gemeingut sind oder endgültige Dokumente und Beschlüsse der FCI-Organen darstellen, nicht zu den vertraulichen Informationen gehören.
- „**Kommissionen**“ hat die im Artikel 40.1 der Statuten definierte Bedeutung.
- „**Vertragspartner**“ hat die im Artikel 10 der Statuten definierte Bedeutung.
- „**Kooperationspartner**“ hat die im Artikel 11 der Statuten definierte Bedeutung.

- **„FCI-Patronatsland“** bezeichnet das für den Rassestandard einer bestimmten Rasse verantwortliche Land, welche aus einem Land mit einem nationalen Hundeverband stammt, der kein FCI-Mitglied ist.
- **„Delegierter“** hat die im Artikel 20.1 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Disziplinarangelegenheit“** bedeutet jegliche Streitigkeiten, Klagen oder Zwischenfälle, die zwischen Streitparteien auftreten können.
- **„Streitparteien“** hat die im Artikel 47.1 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Streitbeilegungsorgane“** sind das Exekutivkomitee, der Vorstand, die Disziplinar- und Schiedskommission und die Generalversammlung.
- **„Gäste des Exekutivkomitees“** hat die im Artikel 34.3 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Externer Rechnungsprüfer“** bezeichnet den von der FCI in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen von Artikel 53, § 5 des Gesetzes vom 27. Juni 1921 bestellten Rechnungsprüfer.
- **„FCI“** bezeichnet die „Fédération Cynologique Internationale AISBL“, wie im Artikel 1 der Statuten definiert.
- **„FCI-Streitbeilegungsverfahren“** hat die im Artikel 45.3 und 47 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Finanzbeitrag der FCI“** hat die im Artikel 17.5 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„FCI-Vorschriften“** bezeichnet die Geschäftsordnung der FCI, die FCI-Reglemente, die Zirkulare und Beschlüsse des FCI-Vorstands und der Generalversammlung.
- **„FCI-Richter“** bezeichnet jede vom nationalen Hundeverband desjenigen Landes, in dem er seinen gesetzlichen Wohnsitz hat, nach Erfüllung der FCI-Mindestanforderungen für das Richten zum Richter ernannte Person, die zum internationalen Richten berechtigt ist. Ein FCI-Richter kann ein Ausstellungsrichter oder ein Arbeitsrichter sein.
- Die **„offiziellen Arbeitssprachen der FCI“** sind Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch.
- **„FCI-Richterverzeichnis“** bezeichnet die FCI-eigene Internetpräsenz, bei der alle Mitglieder die Informationen über ihre Richter zu erfassen haben.
- **„FCI-Arbeitsrichter“** bezeichnet Richter, die bei Sport-, Jagd- und Arbeitswettbewerbe und -veranstaltungen zum Richten berechtigt sind.
- **„Finanzkommission“** hat die im Artikel 54.1 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Vollmitglied“** hat die im Artikel 8 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Gäste der Generalversammlung“** hat die im Artikel 21.6 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Gäste des Vorstands“** hat die im Artikel 29.3 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Interessierte Person“** bezeichnet jedes Vorstandsmitglied oder Mitglied des Exekutivkomitees, das ein persönliches vermögensrelevantes oder moralisches Interesse hat.
- **„Interimdirektor“** bezeichnet eine vom Vorstand ernannte natürliche oder juristische Person, die die Aufgaben des Direktors für einen kurzen und soweit möglich begrenzten Zeitraum übernimmt, falls die Stelle des Direktors unbesetzt ist, oder falls der Direktor aus Gründen oder Umständen, die sich seinem Einfluss entziehen, an der Ausführung seines Amtes gehindert ist.
- **„Geschäftsstelle“** bezeichnet die offizielle Geschäftsstelle der Organisation und das für Verwaltungsaufgaben und das Alltagsgeschäft der FCI und für die Unterstützung und Umsetzung der Beschlüsse der Generalversammlung, des Vorstands und des Exekutivkomitees unter der Aufsicht des Exekutivdirektors zuständige Personal.
- **„Gesetz vom 27. Juni 1921“** hat die im Artikel 1.2 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Gesetzlicher Wohnsitz“** bezeichnet den Ort, an dem eine natürliche Person ständig wohnt oder ihren Hauptwohnsitz hat, wie vom anwendbaren inländischen Gesetz des betreffenden Mitglieds- oder Partnerlands definiert.
- **„Verbindungsperson“** bezeichnet das für die Kommunikation und die Beziehungen mit einer fakultativen Kommission zuständige Vorstandsmitglied.
- **„Mitglied“** hat die im Artikel 7.1 der Statuten definierte Bedeutung. Die Mitglieder sind die offiziellen Vertreter der FCI in ihrem eigenen Land.

- **„Sitzungsprotokoll“** bezeichnet die schriftliche Aufzeichnung von Sitzungen, insbesondere der Generalversammlung, des Vorstands und des Exekutivkomitees, einschließlich der ausführlichen Aufzeichnung aller bei den jeweiligen Sitzungen gefassten Beschlüsse.
- **„Moralisches Interesse“** bezeichnet ein Interesse, das sich (a) auf die Werte, politischen, philosophischen und religiösen oder sonstigen persönlichen Überzeugungen einer Person stützt, (b) auf die affektiven Beziehungen oder Freundschaften einer Person.
- **„Nationaler Hundeverband“** bedeutet ein von der FCI anerkannter nationaler Hundeverband für alle Hunderassen.
- **„Partner“** hat die im Artikel 7.1 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Vermögensrelevantes Interesse“** bedeutet ein Interesse finanzieller Art einer Person, die direkt oder indirekt aus geschäftlichen Gründen, infolge von Investitionen oder aus familiären Gründen: (a) Eigentumsrechte oder Anlegerinteressen an einer juristischen Person hat, mit der die FCI Geschäfte oder Vereinbarungen schließt oder zu schließen beabsichtigt, (b) eine Ausgleichsvereinbarung mit der FCI oder mit einer juristischen Person oder Einzelperson getroffen hat, mit der die FCI ein Geschäft oder eine Vereinbarung schließt oder zu schließen beabsichtigt. Der Ausgleich umfasst sowohl die direkte und indirekte Vergütung als auch Geschenke oder Zuwendungen, die nicht unerheblich sind, wie jede (1) Beratungstätigkeit, Leitungsposition, Stellung oder Arbeit, die mit regelmäßigen oder gelegentlichen Zahlungen in bar oder in Naturalien verbunden ist, oder (2) bezahlte Arbeit - jede Auftragsarbeit, für die das Mitglied bar oder in Naturalien bezahlt wird.
- **„Vorausgehende Ermittlung“** hat die im Artikel 47.5 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Sektion“** bezeichnet eine geografische Unterabteilung der FCI, die als eigener Verband und/oder mit eigenen Vorschriften eingerichtet wurde, den FCI-Vorschriften unterliegt und in Übereinstimmung damit handelt.
- **„Sektionsvertreter“** hat die im Artikel 17.2 der Statuten definierte Bedeutung.
- **„Sensible Themen“** sind jegliche Angelegenheiten, die sich auf persönliche Belange beziehen oder in der Generalversammlung, im Vorstand oder im Exekutivkomitee als solche behandelt wurden.
- Die **„Einfache Mehrheit“** ist erreicht, wenn ein Vorschlag mit der höchsten Zahl von Stimmen angenommen wird.

<b>Beispiel 1:</b>	<b>Beispiel 2:</b>	<b>Beispiel 3:</b>
Dafür: 14 Dagegen: 12 Enthaltungen: 9. Der Vorschlag wird mit einfacher Mehrheit angenommen.	Dafür: 9 Dagegen: 8. Enthaltungen: 12 Der Vorschlag wird mit einfacher Mehrheit angenommen.	Dafür: 9 Dagegen: 12 Enthaltungen: 14 Der Vorschlag wird abgelehnt.

- Die **„Statuten“** bezeichnen die von der Generalversammlung verabschiedeten Statuten der Vereinigung, die gemäß dem Gesetz vom 27. Juni 1921 in Kraft getreten sind.
- **„Virtuelle Sitzung“** bezeichnet eine Sitzung des Vorstands oder des Exekutivkomitees, die ohne physischen Ort oder mit einem physischen Ort abgehalten wird, an dem in Echtzeit mit elektronischen Telekommunikationsmitteln an der Sitzung teilgenommen und/oder abgestimmt werden kann.
- Eine **„Zweidrittelmehrheit“** ist erreicht, wenn ein Vorschlag Zweidrittel (2/3) der Stimmen erhält.

### Artikel 3 – Werte

- 3.1. Die FCI ist die höchste Autorität für Hundekultur und unterstützt über ihre Mitglieder und Vertragspartner das Wohlergehen von Hunden mit Ahnentafel weltweit sowie ihre selektive Zucht und genealogische Registrierung.  
Sie ist für die Gewährleistung der Gesundheit von Hunden mit Ahnentafel und internationaler Aktivitäten mit Hunden mit Ahnentafel zur Förderung der Beziehungen zwischen Hunden und Menschen verantwortlich.
- 3.2. Die FCI erkennt an, dass die folgenden Prinzipien und professionellen Zuständigkeiten für das Wohlergehen aller Hunde mit Ahnentafel weltweit von grundlegender Bedeutung sind:
- a) Die FCI betrachtet die Gesundheit, das Temperament und das Verhalten von Hunden mit Ahnentafel als von höchster Bedeutung bei den Rassestandards.
  - b) Die FCI fördert weltweit Aktivitäten und Sport mit Hunden mit Ahnentafel, die sie für Hunde mit Ahnentafel als vorteilhaft erachtet.
  - c) Die FCI verlässt sich auf ihre Kommissionen, um Empfehlungen bezüglich weiterer wichtiger Angelegenheiten zu erhalten.
  - d) Die FCI unterteilt die Welt der Hunde mit Ahnentafel geographisch anhand ihrer drei (3) Sektionen.
  - e) Sie vertraut ihren Mitgliedern und Vertragspartnern, dass sie die Integrität ihrer nationalen Register schützen.
  - f) Die FCI anerkennt und respektiert Abkommen mit nationalen Hundeverbänden, die keine FCI-Mitglieder sind.
  - g) Für ihre Geschäftsstelle setzt sie höchste Maßstäbe.
  - h) Die FCI sorgt für die regelmäßige Durchführung von Championaten auf Welt- und Sektionsebene.

### Artikel 4 – Zucht- und Ethikkodex

- 4.1. Die Zucht und Entwicklung von Hunderassen mit Ahnentafel muss auf langfristigen Zielsetzungen und soliden Grundsätzen beruhen, so dass die Zucht keine kranken Hunde oder solche mit unstemem Charakter oder unzulänglichen Gebrauchseigenschaften hervorbringt.
- 4.2. Zuchtziel muss das Erhalten, mehr noch die Erweiterung der genetischen Vielfalt (Polygenetik) einer Rasse sein.
- 4.3. Bei der Zucht sollten nur rassentypische Hunde mit Ahnentafel und mit einem funktionell einwandfreien Gesundheitszustand verwendet werden. Wählt ein Züchter einen Hund mit Ahnentafel aus, so obliegt ihm die Überprüfung, ob dieser Hund geistig und physisch für die Zucht geeignet ist.
- 4.4. Der Züchter muss sich vergewissern, dass die Tiere, die er für die Zucht bestimmt, ein ausgeglichenes Temperament haben und in guter physischer Verfassung sind.
- 4.5. Solange sich ein Welpe in der Obhut des Züchters befindet, muss er ihm eine Entwicklung in einer geistig und physisch gesunden und vorteilhaften Umgebung ermöglichen, um so eine angemessene Sozialisierung zu gewährleisten.

## **Artikel 5 – Geheimhaltungspflicht**

- 5.1. Die Delegierten, Kontaktpersonen der Kooperationspartner, Vorstandsmitglieder oder Mitglieder des Exekutivkomitees, Mitglieder der Disziplinar- und Schiedskommission, der Exekutivdirektor, die Finanzkommission, die vom Vorstand eingesetzten nichtständigen Kommissionen und Arbeitsgruppen sowie alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle oder externen Stakeholder, die an den Tätigkeiten der Organe der Vereinigung beteiligt sind, oder an den Streitbeilegungsorganen oder jeder anderen Kommission für Beratungszwecke oder an Arbeitsgruppen, sind dafür verantwortlich, dass die ihnen zugesendeten vertraulichen Informationen im Rahmen ihrer Aufgaben bezüglich der FCI geheim gehalten werden, und dass alle vertraulichen Informationen oder Dateien nach Erledigung der Aufgaben zurückgesendet, gelöscht oder vernichtet werden, sofern sie keine gegenteiligen Anweisungen erhalten haben.
- 5.2. Alle an den FCI-Tätigkeiten beteiligten Einzelpersonen und alle Sachverständige, die der FCI zur Seite stehen, müssen sich zur Geheimhaltung vertraulicher Informationen verpflichten.

## **Kapitel 4 – Mitgliedschaft**

### **Artikel 6 – Aufnahmegesuche als Mitglied oder Vertragspartner: zu erfüllende Bedingungen**

- 6.1. Wie im Artikel 12.5 der Statuten präzisiert, ist das Aufnahmegesuch als Mitglied oder als Vertragspartner bei der Geschäftsstelle unter Verwendung der im **Anhang 1, 2 und 3** der vorliegenden Geschäftsordnung beigefügten Bewerbungsformulare einzureichen. Der Antragsteller hat unter anderem dem entsprechenden Bewerbungsformular die folgenden Unterlagen und Meldungen beizufügen:
  - a) Eine beglaubigte Abschrift der offiziell genehmigten Statuten und der Vorschriften des Bewerbers;
  - b) sofern anwendbar, eine beglaubigte Abschrift von der zuständigen nationalen Behörde über die offizielle Registrierung des Antragstellers als Organisation ohne Gewinnerzielungsabsicht, unter Angabe ihrer Rechtsform, oder eine beglaubigte Abschrift des Anerkennungsaktes der zuständigen nationalen Behörden mit Angabe der dieser Organisation in ihrem Staat zuerkannten juristischen Form;
  - c) eine offizielle Verpflichtung des Antragstellers, die FCI-Vorschriften einzuhalten.

### **Artikel 7 – Einmischungsverbot**

- 7.1 Die Mitglieder und Vertragspartner der FCI und ihre Mitglieder verpflichten sich gegenseitig, sich nicht in ihre jeweiligen kynologischen Angelegenheiten einzumischen.



### Teil 5.1. – Generalversammlung

#### **Artikel 8 – Ausrichtung der ordentlichen Generalversammlung und/oder der Welthundeausstellung**

- 8.1. Die Mitglieder, die die ordentliche Generalversammlung und/oder die Welthundeausstellung auszurichten haben, werden von der Generalversammlung für die folgenden fünf (5) Jahren gewählt
- Gestützt auf einen ernsten Grund kann jedes veranstaltende Mitglied von der Veranstaltung der Generalversammlung und/oder der Welthundeausstellung, für deren Ausrichtung es ernannt wurde, zurücktreten, indem es den Präsidenten mindestens dreihundertsechzig (360) Kalendertage vor dem Eröffnungsdatum der betreffenden ordentlichen Generalversammlung/Welthundeausstellung davon schriftlich in Kenntnis setzt. In diesem Fall hat der Vorstand das neue veranstaltende Mitglied der vakanten ordentlichen Generalversammlung/Welthundeausstellung zu bestimmen.
- Jedes Vollmitglied, das sich um die Ausrichtung einer ordentlichen Generalversammlung und/oder einer Welthundeausstellung bewerben möchte, hat einen Antrag bei der Generalversammlung einzureichen und das entsprechende im **Anhang 4** beiliegende Bewerbungsformular auszufüllen.

#### **Artikel 9 – Stimmabgaben**

- 9.1. Bei einer offenen Wahl per Handzeichen, wie in Artikel 22.7 der Statuten festgelegt, wird entweder von jedem wahlberechtigten Vollmitglied eine Stimmkarte verwendet, auf der der Name des Landes klar angegeben ist, oder es wird auf Beschluss der Generalversammlung jedes einzelne Mitglied vom Exekutivdirektor aufgerufen.
- 9.2. Bei einer geheimen Wahl gemäß Artikel 22.6 und 22.7 der Statuten wird bei jeder Generalversammlung, bei der eine Wahl stattfindet, ein aus drei (3) natürlichen Personen, die nicht wählbar sind, zusammengesetzter Wahlausschuss gebildet.
- Der Wahlausschuss ist zusammen mit dem Exekutivdirektor für das Verteilen, das Einsammeln und das Auszählen der Wahlzettel verantwortlich.
- Nach den Wahlen werden alle Wahlzettel während neunzig (90) Tagen in einem versiegelten Umschlag in der Geschäftsstelle der FCI aufbewahrt, wo sie auf Anfrage von natürlichen Personen, die sich zur Wahl gestellt hatten, eingesehen werden können.
- Das unter Artikel 9.2 Absatz 1 bis Absatz 3 dieser Geschäftsordnung beschriebene Wahlverfahren gilt entsprechend, wenn die Wahl geheim durchgeführt wird, a) für die Wahl der jeweiligen die Welthundeausstellung für die folgenden fünf (5) Jahre veranstaltenden Mitglieder, b) für sensible Themen, c) für alle anderen Fragen auf Antrag von mindestens einem Drittel (1/3) der bei der Generalversammlung anwesenden Vollmitglieder.

## **Teil 5.2. – Vorstand**

---

### **Artikel 10 – Sitzungsregeln**

- 10.1. Der Vorstand tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen, und so oft, wie es gemäß Artikel 29.1 der Statuten für notwendig gehalten wird. Auf jeden Fall findet am Tag vor der ordentlichen Generalversammlung eine zusätzliche Sitzung statt, und eine weitere Sitzung findet unmittelbar nach der Generalversammlung am selben Kalendertag oder am folgenden Kalendertag statt.
- 10.2. Bei jeder Sitzung müssen nach Möglichkeit der Ort und das Datum der nächsten Sitzung festgelegt werden. Ort und Datum dürfen mit dem Einverständnis des Präsidenten aus wichtigen und unvorhersehbaren Gründen abgeändert werden, wenn gemäß Artikel 29.1 der Statuten alle Vorstandsmitglieder innerhalb einer angemessenen Frist davon in Kenntnis gesetzt werden können.
- 10.3. Gemäß Artikel 29.1 der Statuten wird die Einberufung vom Exekutivdirektor im Auftrag des Präsidenten zugesendet. Das Exekutivkomitee bereitet die Tagesordnung vor, die den übrigen Vorstandsmitgliedern gemeinsam mit dem Einberufungsschreiben zuzustellen ist. Die Vorstandsmitglieder können dann bei Bedarf Tagesordnungspunkte hinzufügen und haben den Exekutivdirektor rechtzeitig, und zwar spätestens sieben (7) Kalendertage vor der Sitzung, über die zusätzlichen in die Tagesordnung aufzunehmenden Punkte zu informieren.
- 10.4. Die Regeln für Stimmabgaben bei der Generalversammlung und bei virtuellen Sitzungen, sofern zutreffend, sind in Artikel 9 und Kapitel 6 dieser Geschäftsordnung aufgeführt und geltend entsprechend für den Vorstand. Gemäß Artikel 30.4 der Statuten trifft der Vorstand seine Entscheidungen mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden oder aus der Ferne an der Sitzung teilnehmenden Vorstandsmitglieder. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Präsidenten oder seines Stellvertreters ausschlaggebend.

### **Artikel 11 – Sitzungsprotokoll**

- 11.1. Alle Vorstandssitzungen finden in Anwesenheit des Exekutivdirektors statt, der das Protokoll verfasst. Ist der Exekutivdirektor bei einer Sitzung verhindert, muss er durch eine andere qualifizierte Person ersetzt werden, die das Protokoll verfasst.
- 11.2. Die wichtigsten bei der Vorstandssitzung gefassten Beschlüsse sind den Mitgliedern und Vertragspartnern sowie den Vorstandsmitgliedern spätestens dreißig (30) Kalendertage nach der Sitzung in Form eines englischsprachigen Zirkulars bekanntzugeben. Die Übersetzungen der Beschlüsse in die anderen offiziellen Arbeitssprachen der FCI erfolgen innerhalb von (60) Kalendertagen.
- 11.3. Das Protokoll wird auf Englisch verfasst und den Vorstandsmitgliedern spätestens vierzehn (14) Kalendertage nach der Sitzung per E-Mail zugestellt, im Hinblick auf deren förmliche und endgültige Genehmigung per E-Mail.  
Der Exekutivdirektor fordert die Vorstandsmitglieder dazu auf, innerhalb von sieben (7) Kalendertagen nach dem Versanddatum des Protokolls durch den Exekutivdirektor ihre Kommentare abzugeben.  
Falls ein Vorstandsmitglied vor Ablauf der zuvor genannten Frist von sieben (7) Kalendertagen keine Antwort und keinen Kommentar gibt, gilt das Protokoll durch ihn genehmigt, soweit gesetzlich zulässig und sofern diese Klausel im Verfahren eindeutig angegeben ist.

Sofern Kommentare eingehen, bereiten der Präsident und der Exekutivdirektor die endgültige Protokollversion vor. Die endgültige Version ist durch den Präsidenten zu genehmigen und spätestens nach vierzig (40) Kalendertagen nach der Sitzung an die Vorstandsmitglieder für die förmliche und endgültige Annahme per E-Mail zu senden. Falls keine förmliche und endgültige Genehmigung per E-Mail erreicht werden kann, wird das Protokoll bei der nächsten Vorstandssitzung genehmigt.

- 11.4. Der Exekutivdirektor verzeichnet die vom Vorstand genehmigten Beschlüsse mit Datumsangabe in einem Buch. Auf Anfrage wird dieses Buch den Vorstandsmitgliedern und den Mitgliedern und Vertragspartnern zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.
- 11.5. Der Präsident und der Exekutivdirektor müssen die Urschrift dieses Protokolls unterzeichnen.

### **Teil 5.3. – Exekutivkomitee**

---

#### **Artikel 12 – Sitzungsregeln**

- 12.1. Das Exekutivkomitee tritt bei Bedarf zusammen. Bei jeder Sitzung müssen nach Möglichkeit der Ort und das Datum der nächsten Sitzung festgelegt werden.
- 12.2. Gemäß Artikel 34.1 der Statuten wird die Einberufung vom Exekutivdirektor im Auftrag des Präsidenten zugesendet. Der Präsident und der Exekutivdirektor bereiten die Tagesordnung vor. Die Mitglieder des Exekutivkomitees können zu Beginn jeder Sitzung zusätzliche Punkte auf die Tagesordnung setzen.
- 12.3. Der Präsident und der Exekutivdirektor treffen sich, so oft es erforderlich ist.
- 12.4. Die Regeln für Stimmabgaben bei der Generalversammlung und bei virtuellen Sitzungen, sofern zutreffend, sind in Artikel 9 und Kapitel 6 dieser Geschäftsordnung aufgeführt und gelten entsprechend für das Exekutivkomitee.  
Gemäß Artikel 35.4 der Statuten trifft das Exekutivkomitee seine Entscheidungen mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden oder aus der Ferne an der Sitzung teilnehmenden Mitglieder des Exekutivkomitees. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Präsidenten oder seines Stellvertreters ausschlaggebend.

#### **Artikel 13 – Sitzungsprotokoll**

- 13.1. Alle Sitzungen des Exekutivkomitees finden in Anwesenheit des Exekutivdirektors statt, der das Protokoll verfasst. Ist der Exekutivdirektor bei einer Sitzung verhindert, muss er durch eine andere qualifizierte Person ersetzt werden, die das Protokoll verfasst.
- 13.2. Das Protokoll wird auf Englisch verfasst und den Mitgliedern des Exekutivkomitees spätestens vierzehn (14) Kalendertage nach der Sitzung per E-Mail zugestellt, im Hinblick auf deren förmliche und endgültige Genehmigung per E-Mail. Der Exekutivdirektor fordert die Mitglieder des Exekutivkomitees dazu auf, innerhalb von sieben (7) Kalendertagen nach dem Versanddatum des Protokolls durch den Exekutivdirektor ihre Kommentare abzugeben.  
Falls ein Mitglied des Exekutivkomitees vor Ablauf der zuvor genannten Frist von sieben (7) Kalendertagen keine Antwort und keinen Kommentar gibt, gilt das Protokoll durch ihn genehmigt, soweit gesetzlich zulässig und sofern diese Klausel im Verfahren eindeutig angegeben ist.  
Sofern Kommentare eingehen, bereiten der Präsident und der Exekutivdirektor die endgültige Protokollversion vor. Die endgültige Version ist durch den Präsidenten zu genehmigen und spätestens dreißig (30) Kalendertage nach der Sitzung an die Mitglieder des Exekutivkomitees für die förmliche und endgültige Annahme per E-Mail innerhalb von sieben (7) Kalendertagen zu senden.  
Falls keine förmliche und endgültige Genehmigung per E-Mail erreicht werden kann, wird das Protokoll bei der nächsten Sitzung des Exekutivkomitees genehmigt.

- 13.3 Der Exekutivdirektor verzeichnet die vom Exekutivkomitee genehmigten Beschlüsse mit Datumsangabe in einem Buch. Auf Anfrage wird dieses Buch den Vorstandsmitgliedern zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.
- 13.4. Der Präsident und der Exekutivdirektor müssen die Urschrift dieses Protokolls unterzeichnen. Eine Kopie der Urschrift des Protokolls ist spätestens innerhalb von sieben (7) Kalendertagen nach der förmlichen und endgültigen Annahme durch das Exekutivkomitee an die übrigen Vorstandsmitglieder weiterzuleiten.

## **Kapitel 6 – Regeln für virtuelle Sitzungen**

### **Artikel 14 – Allgemeine Bestimmungen**

- 14.1. Die Sitzungs- und Stimmabgaberegeln für den Vorstand und das Exekutivkomitee sind jeweils in den Artikeln 29 und 30 sowie 34 und 35 der Statuten und in den Artikeln 9, 10 und 12 dieser Geschäftsordnung definiert. Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts zielen auf die Gewährung zusätzlicher Vorschriften für die Vorbereitung und Durchführung der virtuellen Sitzungen, auf die in den Artikeln 29.3 und 34.3 der Statuten Bezug genommen wird.
- 14.2. Das Exekutivkomitee und der Präsident beschließen jeweils, ob eine virtuelle Vorstandssitzung oder Sitzung des Exekutivkomitees mit oder ohne physischen Ort einberufen wird.
- 14.3. Die Einberufung mit Datum, Uhrzeit, Versammlungsort und Tagesordnung oder Tagesordnungsentwurf der virtuellen Sitzung, oder nur mit Datum, Uhrzeit und Tagesordnung oder Tagesordnungsentwurf, falls die Sitzung als virtuelle Sitzung ohne physischen Ort abgehalten wird, wird allen Teilnehmern an der virtuellen Sitzung jeweils in Übereinstimmung mit Artikel 29.1 bzw. 34.1 der Statuten zugesendet.
- Die Tagesordnung oder der Tagesordnungsentwurf hat klar die verschiedenen zu besprechenden Tagesordnungspunkte und deren Reihenfolge festzulegen, einschließlich des Zeitrahmens für die Phasen jedes Tagesordnungspunkts: Vorstellung, Diskussion, Abstimmung, Auszählung der Stimmen, Verkündung des Ergebnisses und Endergebnisse.
- Die Supportunterlagen für die verschiedenen Tagesordnungspunkte bei der virtuellen Sitzung werden im Voraus per E-Mail versendet, oder auf spezielle Anfrage per Post oder durch ein anderes zulässiges schriftliches Kommunikationsmittel.
- In Abhängigkeit von der für die virtuelle Sitzung verwendeten Plattform wird die Einberufung entweder die spezifische URL für die Sitzung enthalten, gemeinsam mit dem für das Einloggen erforderlichen Passwort, oder eine spezifische, normalerweise gebührenfreie Telefonnummer. Für erstmalige Benutzer ist eine grundlegende Einführung für das Einloggen und die Benutzung der virtuellen Plattform anzubieten.

### **Artikel 15 – Registrierung**

- 15.1. Es wird eine Datenbank mit den Namen und E-Mails der stimmberechtigten Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Exekutivkomitees eingerichtet. Vor Beginn der virtuellen Vorstandssitzung oder Sitzung des Exekutivkomitees sind alle stimmberechtigten Vorstandsmitglieder oder Mitglieder des Exekutivkomitees im Hinblick auf die Abstimmung in der Datenbank zu registrieren. Alle Gäste des Vorstands, des Exekutivkomitees oder sonstige Teilnehmer an der virtuellen Sitzung werden vor Beginn der virtuellen Sitzung in dieser Datenbank registriert, um an der Diskussion teilzunehmen oder die Sitzung zu beobachten.
- 15.2. Während der virtuellen Sitzung finden keine Änderungen dieser Datenbank statt. Das Exekutivkomitee hat das Recht und die Pflicht, Vorstandsmitglieder oder Mitglieder des Exekutivkomitees zu kontaktieren, um das erforderliche Quorum zu erreichen.

## **Artikel 16 – Diskussion**

- 16.1. Alle virtuellen Sitzungen sind offen und alle Teilnehmer können sich an der Diskussion der virtuellen Sitzung beteiligen, sofern sie vor Beginn der virtuellen Sitzung ordnungsgemäß registriert wurden.
- 16.2. Das Exekutivkomitee entscheidet über die eingerichteten und für die Diskussion bei der virtuellen Sitzung verwendeten elektronischen Mittel, die den ordnungsgemäß als Teilnehmer registrierten Personen offen stehen.
- 16.3. Der Leiter oder Moderator der virtuellen Sitzung sorgt für Ordnung und regelt die Reihenfolge der Wortmeldungen, um eine effektive Diskussion zu ermöglichen und die Sitzung durch die festgelegte Tagesordnung zu führen. Der Leiter der virtuellen Sitzung hat zu deren Beginn Zeit vorzusehen, um die verschiedenen während der Sitzung verwendbaren Verfahren und technischen Tools zu erläutern (z.B. um einem Teilnehmer das Wort zu erteilen, virtuelles „Melden“ des Teilnehmers, der sprechen möchte durch einmaliges Klicken, Verwendung der Stummschaltung (ein/aus), Verfahren für die Einreichung eines Vorschlags, usw.) und um alle diesbezüglichen Fragen der Teilnehmer zu beantworten.
- 16.4. Alle Diskussionen und Debatten müssen sich auf das betreffende Thema beziehen. Da die Diskussion zu ergänzenden Vorschlägen führen kann, hat der Leiter zu verfolgen, was gerade diskutiert wird, und alle ergänzenden Vorschläge oder Anträge, die zu besprechen sind. Die Diskussion über den Tagesordnungspunkt, über den abzustimmen ist, muss gleichzeitig mit der Abstimmung stattfinden.

## **Artikel 17 – Abstimmung**

- 17.1. Nach Abschluss der Diskussion über einen Tagesordnungspunkt formuliert der Leiter bei Bedarf den zur Abstimmung stehenden Beschluss neu, erinnert die Teilnehmer daran, worüber sie abzustimmen haben und ruft zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt auf.
- 17.2. Die Vorstandsmitglieder oder Mitglieder des Exekutivkomitees haben ihre Abstimmung im gewählten elektronischen Abstimmungssystem zu registrieren. Die elektronischen Abstimmungsoptionen lauten: Ja/Nein/Enthaltung.  
Bei Verwendung des elektronischen Wahlsystems hat das Vorstandsmitglied oder Mitglied des Exekutivkomitees einen Geheimcode einzugeben, sofern vom Exekutivkomitee angegeben.
- 17.3. Wie in Artikel 22.7 der Statuten angegeben, kann die elektronische Abstimmung vor Ort nicht für die Wahl von Personen angewendet werden, die sich um FCI-Posten bewerben.

# **Kapitel 7 – Rassestandards, Zuchtbücher und Zwingernamen**

## **Artikel 18 – Anerkennung neuer Rassen**

- 18.1. Die FCI kann neue Rassen anerkennen. Die Anerkennung erfolgt in zwei Etappen: eine vorläufige Anerkennung und eine endgültige Anerkennung.
- 18.2. Das Verfahren zur (vorläufigen und endgültigen) internationalen Anerkennung einer Rasse wird im beiliegenden **Anhang 5** beschrieben und muss von der Generalversammlung genehmigt werden.

## **Artikel 19 – Rassestandards**

- 19.1. Die Mitglieder und Vertragspartner müssen dem Vorstand eine Liste ihrer nationalen Rassen sowie ihrer jeweiligen Rassestandards in mindestens einer (1) der offiziellen Arbeitssprachen der FCI übermitteln.

- Die Rassestandards müssen nach dem von der FCI verabschiedeten Modell, dem „FCI Wiener Modellstandard“ abgefasst werden, wie im **Anhang 6** dargelegt. Die Geschäftsstelle veranlasst die Übersetzungen in die offiziellen Arbeitssprachen der FCI.
- 19.2. Ein neuer oder abgeänderter Rassestandard tritt mit seiner Veröffentlichung auf der Website der FCI auf Englisch in Kraft.  
Das Datum der Publikation des gültigen offiziellen Standards (zweite Seite des Standards) entspricht dem Datum der Vorstandssitzung, bei welcher der (neue oder abgeänderte) Rassestandard genehmigt wurde. Ein neuer oder geänderter Rassestandard kann veröffentlicht werden, sobald die endgültige Fassung auf Englisch vorliegt.  
Übersetzungen in die anderen offiziellen Arbeitssprachen der FCI sind innerhalb von hundertachtzig (180) Werktagen zur Verfügung zu stellen.  
Die Veröffentlichung erfolgt durch die Geschäftsstelle. Das Datum der Veröffentlichung wird auf der ersten Seite des Rassestandards angegeben.
- 19.3. Bevor ein neuer Rassestandard oder eine Änderung in einem bestehenden Standard genehmigt wird, muss die Standardskommission zu Rate gezogen werden; bestehen Zweifel, insbesondere bei einem Antrag auf Anerkennung einer neuen Rasse, kann die Meinung der wissenschaftlichen Kommission eingeholt werden.
- 19.4. Der Vorstand genehmigt die Anträge auf vorläufige Anerkennung neuer Rassen.  
Überdies werden die Abänderungen bestehender Standards (vorläufig und endgültig anerkannte Rassen) ebenfalls auf Antrag der für die fraglichen Rassestandards verantwortlichen Mitglieder und nach Überprüfung durch die Standardskommission und, falls erforderlich und insbesondere im Fall neuer Rassen, durch die wissenschaftliche Kommission, vom Vorstand genehmigt. Die neuen Rassestandards basieren auf den Standards ihres Ursprungs- oder Patronatslandes. Die Generalversammlung genehmigt die Anträge auf endgültige Anerkennung neuer Rassen sowie die jeweiligen Standards dieser Rassen.  
Es obliegt den Mitgliedern und Vertragspartnern der FCI, ihren Richtern die neuen Standards oder die an den Standards vorgenommenen Abänderungen umgehend mitzuteilen.

## **Artikel 20 – Zuchtbücher**

- 20.1. Jedes Mitglied und jeder Vertragspartner muss ein Zuchtbuch für alle von der FCI endgültig anerkannten Rassen besitzen. Sie müssen auch einen Anhang zum Zuchtbuch für vorläufig anerkannte Rassen und für nur national anerkannte Rassen führen.  
Damit ein Hund in ein Zuchtbuch oder in den Anhang zu einem Zuchtbuch eingetragen werden kann, muss es von dem Mitglied/Vertragspartner des Landes eingetragen werden, in dem sein Besitzer seinen gesetzlichen Wohnsitz hat.  
Ein Wurf ist bei dem Mitglied oder Vertragspartner des Landes einzutragen, in dem sein Züchter seinen gesetzlichen Wohnsitz hat und der Wurf geboren wurde. Ausnahmen können im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beteiligten Mitgliedern oder Vertragspartnern vereinbart werden.  
Die Ahnentafeln für Hunde, die von der FCI nicht anerkannten Rassen angehören, dürfen nicht das Logo der FCI führen oder müssen mit folgendem Vermerk versehen werden „von der FCI nicht anerkannte Rasse“.
- 20.2. Die Mitglieder und Vertragspartner anerkennen ausschließlich und gegenseitig ihre Zuchtbücher einschließlich der Anhänge, sofern die betreffende(n) Rasse(n) von der FCI anerkannt sind.  
Die Geschäftsstelle der FCI veröffentlicht eine aktualisierte Liste der Initialen der verschiedenen Zuchtbücher und Anhänge.

- 20.3. Auf den Originalurkunden der Ahnentafeln muss die Nummer der Eintragung im Zuchtbuch auf die Initialen des Zuchtbuches folgen, in das der Hund eingetragen wurde (beispielsweise SHSB/LOS: Nr. 255 333). Darüber hinaus müssen die Eintragsnummern und die Zuchtbuchinitialen von mindestens drei (3) Elterngenerationen angegeben werden. Der Haartyp, die Farbe und die Größenvarietät sollten in die Ahnentafel aufgenommen werden, und auch in die Export-Ahnentafel.
- Auf den Ahnentafeln müssen die offiziellen Titel der FCI vermerkt werden; d.h. die internationalen, Welt- und Sektionstitel, und die von den Mitgliedern und Vertragspartnern der FCI verliehenen nationalen Titel können angegeben werden.
- 20.4. Im Fall von Hunden aus Ländern ohne Mitglied oder Vertragspartner oder mit denen es keine Abmachung über die Anerkennung der Ahnentafeln gibt, können die Mitglieder und die Vertragspartner sowie die von ihnen zu diesem Zweck bevollmächtigten Rasseclubs ungeachtet von Artikel 20.2 dieser Geschäftsordnung, einen Hund mit einer von der FCI nicht anerkannten Ahnentafel in den Anhang zum Zuchtbuch eintragen, nachdem das Tier zuvor von einem für die betreffende Rasse anerkannten FCI-Richter geprüft wurde; seine Nachkommenschaft kann ab der vierten Generation in das Zuchtbuch eingetragen werden. Diese Maßnahme gilt ebenfalls für Hunde ohne Ahnentafel.
- 20.5. Mitglieder oder Vertragspartner können die Eintragung oder Neueintragung eines Hundes in ihr Zuchtbuch verweigern, bzw. eine „einschränkende Eintragung oder Neueintragung mit Zuchtverbot“ vornehmen, wenn der Hund Erbfehler oder solche Fehler aufweist, die im Widerspruch zu den Bestimmungen von Artikel 3 der Statuten stehen, oder wenn er den durch das Mitglied oder den Vertragspartner des betreffenden Landes definierten Auswahlkriterien nicht entspricht.
- Im Übrigen sind die Mitglieder und Vertragspartner nicht verpflichtet, einen importierten Hund automatisch in ihr Zuchtbuch einzutragen oder wieder einzutragen, wenn sie der Ansicht sind, dass die Ahnentafel nicht korrekt erstellt wurde. In diesem Fall erklärt das Mitglied oder der Vertragspartner dem Mitglied, das die beglaubigte Export-Ahnentafel erstellt hat, klar und deutlich, weshalb die Eintragung verweigert wird.
- 20.6. In den Ländern, in denen Rasseclubs der Mitglieder und Vertragspartner ihr eigenes Zuchtbuch im Auftrag von ihrem nationalen Hundeverband führen, muss auf den Ahnentafeln deutlich vermerkt werden, dass diese Rasseclubs Mitglieder eines nationalen Hundeverbandes sind.
- 20.7. Ahnentafeln haben für die Mitglieder und Vertragspartner einen offiziellen Wert und müssen das offizielle FCI-Logo aufweisen.
- 20.8. Bei der Ausstellung einer Ahnentafel müssen allfällige sichtbare, endgültige und identifizierbare Abweichungen der Fellfarbe von den Rassestandards klar und deutlich angegeben werden. Jeder Hund eines Wurfes darf nur eine (1) einzige Ahnentafel und eine (1) Export-Ahnentafel besitzen, auf der der Name des Hundehalters angegeben sein sollte; ist der Name des Halters nicht in der Ahnentafel vermerkt, hat der nationale Hundeverband ein separates Halterzertifikat auszustellen. Zudem muss eine einzige Person verantwortlicher Hundehalter sein. Diese Person nimmt in der Liste der Eigentümer den ersten Platz ein.
- 20.9. Wird ein Hund ins Ausland verkauft, muss der nationale Hundeverband eine beglaubigte, in einer (1) der vier (4) offiziellen Arbeitssprachen der FCI abgefasste Export-Ahnentafel ausstellen. Es ist jedoch untersagt, eine Export-Ahnentafel für einen Hund auszustellen, der nicht durch eine Tätowierung oder einen Chip identifiziert ist.
- Ein im Anhang zu einem Zuchtbuch eingetragener Hund kann für den Export eine Eintragungsbescheinigung zwecks Neueintragung in einen anderen Anhang zu einem Zuchtbuch erhalten. Für jeden von einem Mitglied oder Vertragspartner eingetragenen Hund, der anschließend exportiert wird, bescheinigt der nationale Hundeverband, der die letzte Eintragung vorgenommen hat, die Eigentumsübertragung auf den neuen Hundehalter unter Angabe von dessen Name und Anschrift auf der Export-Ahnentafel oder durch Ausstellung eines separaten Halterzertifikats.

- 20.10. Die nationalen Hundeverbände und ihre Rasseclubs dürfen keine der Angaben zu einem bereits in einem anerkannten Zuchtbuch eingetragenen Hund abändern. Trägt ein Hund jedoch zwei (2) oder mehr Zwingernamen, darf nur der FCI-Zwingername des Züchters beibehalten werden.  
Die ursprüngliche Eintragsnummer und die Initialen des Zuchtbuches müssen auf allen Unterlagen mit kynologischen Angaben (Arbeitsprüfungsprogramme, Ausstellungskataloge, Ahnentafeln, Einschreibungsformulare zum Zuchtbuch) neben der neuen Eintragsnummer angegeben werden.
- 20.11. Wird ein Hund ins Ausland verkauft, müssen die Initialen des neuen Zuchtbuches sowie die Eintragsnummer ins neue Zuchtbuch auf der Originalurkunde der Export-Ahnentafel vermerkt werden. Diese Auskünfte werden durch den Stempel und die Unterschrift des zuchtbuchführenden nationalen Hundverbandes beglaubigt.  
Es ist untersagt, einem importierten Hund eine neue Ahnentafel auszustellen.
- 20.12. Die Mitglieder und Vertragspartner müssen der Geschäftsstelle Musterformulare der in ihrem Land gültigen Ahnentafeln zustellen. Die Geschäftsstelle muss alle Mitglieder und Vertragspartner unverzüglich über jede Änderung in einer Ahnentafel unterrichten.
- 20.13. Von einem Mitglied oder einem Vertragspartner ausgestellte Ahnentafeln müssen von allen Mitgliedern oder Vertragspartnern als „Nachweis dafür, dass die Welpen von reinrassigen Eltern und Eltern derselben Rasse abstammen“ akzeptiert werden.  
Außerdem sind im Falle eines von einem Mitglied im Rahmen der FCI-Vorschriften genehmigten Kreuzungsprogrammes die von einem Mitglied oder Vertragspartner ausgestellten Ahnentafeln ebenfalls von allen Mitgliedern und Vertragspartnern zu akzeptieren.  
Die Mitglieder und Vertragspartner dürfen jedoch auf den vorstehenden Artikel 20.5. zurückgreifen. Diese Ahnentafeln dürfen auf keinen Fall durch ein Mitglied oder einen Vertragspartner der FCI für ungültig erklärt werden.
- 20.14. Die Mitglieder und Vertragspartner sind nicht verpflichtet, Welpen, die von einer Paarung von Eltern abstammen, die den Standards der FCI nicht entsprechen, in ihr Zuchtbuch einzutragen und ihnen Ahnentafeln auszustellen.

## **Artikel 21 – Zwingernamen**

- 21.1. Alle Mitglieder und Vertragspartner müssen bei der Geschäftsstelle die Eintragung neuer Zwingernamen in das internationale FCI-Verzeichnis der Zwingernamen beantragen. Ein nationaler Hundeverband kann einen derartigen Antrag nur dann stellen, wenn der Züchter offiziell seinen gesetzlichen Wohnsitz in dem betreffenden Land hat.  
Die Vereinigung anerkennt Miteigentum an Zwingernamen. Allerdings muss im Falle einer Zwingergemeinschaft pro Wurf bestimmt werden, welcher der Miteigentümer offiziell für die Befolgung der nationalen und internationalen Bestimmungen bezüglich der Zucht und der Eintragung ins Zuchtbuch verantwortlich ist.
- 21.2. Die Mitglieder und Vertragspartner anerkennen die von anderen Mitgliedern und von Vertragspartnern eingetragenen Zwingernamen.
- 21.3. Die Vereinigung ist für die strenge Kontrolle des internationalen Verzeichnisses verantwortlich, um jede Doppeleintragung und Bezeichnungen, die zu Verwechslungen führen könnten, zu vermeiden.  
Die Kriterien zur Ermittlung, ob ein Zwingername registriert werden kann oder nicht, liegen vollständig bei der Geschäftsstelle und müssen von den Mitgliedern und Vertragspartnern respektiert werden. Zwingernamen, die eingetragenen Marken ähnlich sind, werden nicht akzeptiert.



- 21.4. Für die Erteilung und Benutzung der Zwingernamen gelten folgende Bestimmungen:
- a) Hunde dürfen in ihrem offiziellen Namen als Präfix oder Suffix keinen anderen Zwingernamen als denjenigen ihrer Züchter tragen. Als Züchter gilt der Eigentümer der Hündin zum Zeitpunkt der Welpengeburt.
  - b) Nach der offiziellen Eintragung dürfen weder der Name des Hundes noch sein Zwingername abgeändert werden.
  - c) Der nationale Hundeverband kann bei der FCI registrierte Zwingernamen auf den Abstammungsurkunden vermerken, wenn die betreffende Rasse vom nationalen Hundeverband, der die Abstammungsurkunde ausstellt, und/oder von der FCI anerkannt ist.
  - d) Ein Züchter kann nur einen (1) Zwingernamen pro Rasse registrieren, außer wenn ein zweiter Zwingername gemeinsam mit einem Mitzüchter registriert wird. Ein Züchter kann mehrere Zwingernamen für andere Rassen registrieren lassen.
  - e) - Die Erteilung eines Zwingernamens erfolgt persönlich und auf Lebenszeit, solange sein Inhaber nicht schriftlich darauf verzichtet. Er erlischt im Allgemeinen mit dem Tod des Berechtigten.  
Der nationale Hundeverband kann die Abtretung eines Zwingernamens an die Erben eines Züchters gestatten, nachdem der Erbanfall ordnungsgemäß nachgewiesen wurde. Der Inhaber eines Zwingernamens kann, den/die Ehegatten/in, Nachkommen oder Seitenverwandte, unter der Voraussetzung, dass diese Personen mindestens achtzehn (18) Jahre alt sind, an der Führung der Zucht beteiligen.  
Der ursprüngliche Inhaber des Zwingernamens bleibt der Vertreter der Zucht des entsprechenden Zwingers.  
  
- Zuchtgemeinschaften von zwei (2) oder mehr Personen müssen ihren eigenen gemeinsamen Zwingernamen beantragen; hierfür gelten die vorstehenden Vorschriften. Veränderungen in der Zusammensetzung der Vereinigung müssen der FCI mitgeteilt werden.  
Alle anderen Belange werden entsprechend den Bestimmungen des zuständigen nationalen Hundeverbandes geregelt. Vor dem Umzug in ein anderes Land, in dem die FCI ein Mitglied oder einen Vertragspartner hat, wird von jedem Züchter verlangt, dass er sowohl das Mitglied oder den Vertragspartner seines bisherigen als auch das Mitglied oder den Vertragspartner seines neuen Landes des gesetzlichen Wohnsitzes über seinen Umzug informiert, um den ordnungsgemäßen Transfer sicherzustellen. Zudem haben beide Mitglieder oder Vertragspartner offiziell die Geschäftsstelle über ihre Zustimmung zum Wechsel des gesetzlichen Wohnsitzes zu informieren.  
  
- Die Bedingungen, unter denen ein Zwingername zu verwenden ist, basieren auf den Vorschriften und Regeln des jeweiligen nationalen Hundeverbands.  
Im Hinblick auf die Verwendung nach einer Trennung oder Scheidung muss von den ehemaligen Inhabern des Zwingernamens eine rechtsgültige Bescheinigung mit der klaren Angabe darüber vorgelegt werden, wer zukünftig zur Verwendung des Zwingernamens berechtigt ist. In diesem Fall darf der Zwingername auf den (die) neuen Inhaber übertragen werden, insofern er/sie die Anforderungen des nationalen Hundeverbandes bezüglich der Inhaber von Zwingernamen erfüllt.  
  
- Wird bei einem nationalen Hundeverband eine Beschwerde eingereicht, darf dieser Zwingername nicht mehr benutzt werden, bis der nationale Hundeverband dem Inhaber des Zwingernamens eine Bestätigung zukommen lässt.
  - f) Die von der FCI anerkannten Zwingernamen haben Vorrang vor den nur auf nationaler Ebene anerkannten.

Im Falle der Anfechtung seitens eines Züchters, der Inhaber eines bei der FCI eingetragenen Zwingernamens ist, und auf Antrag der letzteren, wird ein auf nationaler Ebene anerkannter Zwingername nur dann gelöscht, wenn dem internationalen Zwingernamen auf Grund der Ähnlichkeit mit diesem Schaden droht. Den Mitgliedern und Vertragspartnern ist es nicht gestattet, Zwingernamen ausschließlich auf nationaler Ebene zu registrieren.

## **Kapitel 8 – Veranstaltungen**

### **Artikel 22 – Internationale Veranstaltungen**

- 22.1. Die internationalen Ausstellungen für alle Hunderassen und die internationalen Prüfungen, bei denen Auszeichnungen der FCI verliehen werden (CACIB, CACIT, CACIAG, CACIL, CACIOB, CACITR), stehen unter der Schirmherrschaft der FCI. Alle Unterlagen und Kataloge dieser Veranstaltungen müssen das Logo der FCI tragen. Zudem muss das Logo der FCI bei all diesen Veranstaltungen gut sichtbar sein.
- 22.2. Zulässige Beschwerden bezüglich dieser Veranstaltungen müssen zuerst von den Organisatoren geprüft werden, ehe sie gegebenenfalls dem Vorstand unterbreitet werden. Beschwerden bezüglich der FCI-Richter sind von den nationalen Hundeverbänden zu prüfen, die dem betreffenden FCI-Richter für diese Veranstaltungen die Erlaubnis zum Bewerten erteilt haben.  
Einsprüche gegen die Bewertungen sind nicht zulässig.

### **Artikel 23 – Nationale Veranstaltungen**

- 23.1. FCI-Mitglieds- oder Vertragspartnerländern ist es nicht erlaubt CAC-Vorschläge - Certificat d'Aptitude au Championnat (Anwartschaft auf das Championat) bei Ausstellungen im Hoheitsgebiet eines anderen FCI-Mitglieds oder Vertragspartners zu vergeben, und zwar auch nicht auf Grundlage einer Vereinbarung bzw. eines Vertrags zwischen diesen FCI-Mitgliedern oder Vertragspartnern.
- 23.2. Der nationale Championtitel eines FCI-Mitglieds- oder Vertragspartnerlandes muss mindestens mit zwei (2) CAC erlangt werden, die bei Ausstellungen im Hoheitsgebiet des jeweiligen Landes gewonnen werden, es sei denn, der Hund ist bereits nationaler Champion eines anderen FCI-Mitglieds- oder Vertragspartnerlandes.
- 23.3. Zulässige Beschwerden bezüglich nationaler Veranstaltungen müssen von den Veranstaltern geprüft werden. Beschwerden bezüglich der FCI-Richter sind von den nationalen Hundeverbänden zu prüfen, die dem betreffenden Richter für diese Veranstaltungen die Erlaubnis zum Bewerten erteilt haben.  
Einsprüche gegen die Bewertungen sind nicht zulässig.

## **Kapitel 9 – FCI-Richter**

### **Artikel 24 – FCI-Richter**

- 24.1. Mitglieder und Vertragspartner sind für die Ausbildung und die Prüfungen der Richter (nach den Reglementen der FCI und/oder den nationalen Reglementen) verantwortlich, die die CACIB, CACIT, CACIAG, CACIL, CACITR und CACIOB vergeben dürfen. Nur diese Richter dürfen von der FCI und ihren Mitgliedern und Vertragspartnern anerkannt werden.

- 24.2. Ein FCI-Richter kann nur dann in der Richterliste eines Mitglieds oder Vertragspartners eingetragen sein, wenn er seinen gesetzlichen Wohnsitz in dem Land hat, in dem sich der Gesellschaftssitz dieses Mitglieds oder dieses Vertragspartners befindet. Zudem muss ein FCI-Richter nur auf einer (1) einzigen Richterliste der FCI stehen.  
Ein Richter kann seine anderen Hundetätigkeiten (Zucht und Registrierung von Hunden) nicht in einem anderen Land ausüben als in demjenigen, das seine Richterlizenz erteilt hat. Wenn ein Richter in ein anderes Land umzieht, kann zwischen den betreffenden Mitgliedern und Vertragspartnern ein Übergangszeitraum vereinbart werden.  
Im Zweifelsfall kann der Vorstand Nachforschungen bei den betreffenden Mitgliedern oder Vertragspartnern anstellen oder den Fall an die Disziplinar- und Schiedskommission weiterleiten.
- 24.3. Mitglieder und Vertragspartner müssen ihre aktualisierten Listen von Ausstellungs- und Arbeitsrichtern (Name, Anschrift, E-Mail, Telefonnummer, Qualifikationen und Sprachkenntnisse) auf ihrer Internet-Website und im FCI-Richterverzeichnis veröffentlichen.
- 24.4. Weitere Bestimmungen bezüglich der Anwendung, Ausbildung, Untersuchung und Ernennung von FCI-Ausstellungsrichtern können im Reglement für Ausstellungsrichter der FCI festgelegt werden.
- 24.5. Es ist die endgültige Genehmigung der internationalen FCI-Allgemeinrichter durch die Geschäftsstelle erforderlich, bevor der FCI-Richter als internationaler FCI-Allgemeinrichter in das FCI-Richterverzeichnis aufgenommen werden kann.

## **Kapitel 10 – Streitbeilegung, Strafbestimmungen und Sanktionen**

### **Artikel 25 – Disziplinar- und Schiedskommission**

- 25.1. Die Disziplinar- und Schiedskommission hat Disziplinarangelegenheiten auf entsprechenden Antrag des Vorstands in einem schriftlichen Bericht zu handhaben.
- 25.2. Die Disziplinar- und Schiedskommission setzt sich aus einem Gremium von fünf (5) natürlichen Personen einschließlich ihres Vorsitzenden zusammen, die gemäß Artikel 46.1 der Statuten gewählt werden.  
Die Disziplinar- und Schiedskommission umfasst drei (3) ordentliche Mitglieder und zwei (2) stellvertretende Mitglieder. Die drei (3) ordentlichen Mitglieder sind permanent für die Disziplinar- und Schiedskommission tätig und haben jede Disziplinarangelegenheit zu handhaben, die der Disziplinar- und Schiedskommission gemäß Artikel 25.1 und 26.7 dieser Geschäftsordnung vorgelegt wird.  
Sollte der Posten eines ordentlichen Mitglieds in der Disziplinar- und Schiedskommission frei werden, ist er stets durch eines (1) der Ersatzmitglieder auf Beschluss des Vorstands für die verbleibende Amtszeit zu besetzen.
- 25.3. Falls ein Mitglied der Disziplinar- und Schiedskommission einer der Streitparteien einer Disziplinarangelegenheit angehört oder eine offizielle Beziehung zu ihr hat, hat der Vorstand ein Ersatzmitglied zu ernennen, das nur solange in der Disziplinar- und Schiedskommission tätig ist, bis in besagter Disziplinarangelegenheit ein endgültiger Beschluss gefasst wurde.  
Das ursprüngliche Mitglied der Disziplinar- und Schiedskommission bleibt im Amt und wird sein Amt in allen anderen Disziplinarangelegenheiten in Übereinstimmung mit Artikel 46.1, Absatz 2 der Statuten ausüben.
- 25.4. Die Disziplinar- und Schiedskommission entscheidet in allen Disziplinarangelegenheiten mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende die ausschlaggebende Stimme.

## Artikel 26 – Streitbeilegungsverfahren

- 26.1. Streitbeilegungsverfahren sind auf Englisch zu führen.
- 26.2. Die Beschwerde ist per E-Mail oder per Einschreiben auf Englisch an den Exekutivdirektor zu senden, gemeinsam mit den Beweismaterialien und aller erforderlichen und unterstützenden Dokumentation.  
Die Beschwerden sind dem Exekutivdirektor innerhalb von sechs (6) Monaten nach dem Verstoß oder deren Kenntnisnahme durch den Kläger, keinesfalls aber später als ein (1) Jahr nach dem Vorfall zu übermitteln.  
Wenn dem Exekutivdirektor eine Beschwerde zugeht, hat der Exekutivdirektor umgehend die Beschwerde zur Information an das Exekutivkomitee weiterzuleiten.
- 26.3. Der Kläger muss spätestens sieben (7) Kalendertage nach Einreichen der Klage eine Kautions in Höhe von dreitausend (3000) Euro auf das Bankkonto der FCI überweisen, um das FCI-Streitbeilegungsverfahren einzuleiten.  
Gemäß Artikel 47.10, Absatz 2 der Statuten hat die Disziplinar- und Schiedskommission die Kosten festzusetzen und zu entscheiden, welche der Streitparteien die Kosten des FCI-Streitbeilegungsverfahrens zu tragen hat.  
Sofern von der Disziplinar- und Schiedskommission kein gegenteiliger Beschluss gefasst wird, sind die Kosten durch die unterlegene Streitpartei zu tragen. Infolgedessen kommt Folgendes zur Anwendung:
- a) Der Kautionsbetrag wird dem Kläger erstattet, wenn die Klage zur Verurteilung der beklagten Streitpartei geführt hat.
  - b) Im Falle der erfolglosen Klage des Klägers wird der Kautionsbetrag von der Organisation einbehalten oder der obsiegenden Streitpartei erstattet.
- 26.4. Das Exekutivkomitee hat sich darum zu bemühen, alle zwischen Streitparteien auftretenden Disziplinarangelegenheiten auf gerechte Weise beizulegen.  
Falls innerhalb von dreißig (30) Kalendertagen ab dem Benachrichtigungsdatum der Organisation über die Klage, den Streit oder den Zwischenfall kein Ergebnis erzielt wurde, hat der Exekutivdirektor auf Anweisung des Exekutivkomitees die Disziplinarangelegenheiten gemäß Artikel 47.1 und 47.2 der Statuten an den Vorstand weiterzuleiten:  
Der Exekutivdirektor hat eine Kopie der Klage zur Information an die übrigen Vorstandsmitglieder zu senden, sowie an die anderen Streitparteien, welche über ihre Möglichkeit zu informieren sind, innerhalb von dreißig (30) Kalendertagen ab dem Benachrichtigungsdatum der anderen Streitpartei durch den Exekutivdirektor eine englischsprachige Antwort zu senden. Die Antwort muss ebenfalls alle schriftlichen Beweismittel enthalten.
- 26.5. Nach Eingang der Antwort beim Exekutivdirektor hat er umgehend eine (1) Kopie der Antwort zur Information an den Kläger zu senden, und die Akte mit allen Unterlagen der beteiligten Streitparteien an die Vorstandsmitglieder (nachfolgend „die Beweisakte“ genannt) zu senden.
- 26.6. Gemäß Artikel 47.5 der Statuten hat der Vorstand eine erste Bewertung der Disziplinarangelegenheit vorzunehmen und die Streitparteien über diesen Beschluss innerhalb von sieben (7) Kalendertagen ab dem Übermittlungsdatum der Beweisakte durch den Exekutivdirektor zu informieren.  
Falls der Vorstand der Meinung ist, dass die Klage ungültig ist oder dass die Disziplinarangelegenheit keinen Fall eines Fehlverhaltens betrifft oder von trivialer, frivoler oder beleidigender Natur ist, hat der Vorstand die Streitparteien zu benachrichtigen und im Anschluss daran keine weiteren Schritte im Zusammenhang mit der Klage zu unternehmen.

Falls die Klage nicht infolge des vorausgehenden Absatzes dieser Geschäftsordnung abgewiesen wurde, untersucht der Vorstand die Disziplinarangelegenheit weiter während einer Höchstdauer von drei (3) Monaten ab Übermittlung der Beweisakte (nachfolgend „**Vorausgehender Ermittlungszeitraum**“ genannt) auf folgende Weise:

- a) Prüfung der Klage oder des Antrags unter Berücksichtigung aller vorliegenden Erkenntnisse und Fakten;
  - b) Anstellung von erforderlichen Nachforschungen, um die Umstände der Klage oder des Zwischenfalls zu ermitteln, einschließlich:
    - (i) Übersendung einer Kopie der Zusammenfassung der Klage an die darin aufgeführten Personen, den Beschwerdeführer oder jegliche Zeugen mit der Aufforderung, zu den Behauptungen bis zu einem vom Vorstand festgelegten Datum schriftlich Stellung zu nehmen;
    - (ii) Gespräch mit bzw. Befragung der am Zwischenfall beteiligten Personen bzw. der Personen, deren Verhalten Gegenstand der Klage ist; und
    - (iii) Gespräch mit bzw. Befragung weiterer Personen, die möglicherweise über relevante Informationen verfügen.
- 26.7. Ergänzend zur vorausgehenden Ermittlung erstellt der Vorstand einen schriftlichen Bericht und sendet ihn gemeinsam mit der Beweisakte spätestens dreißig (30) Kalendertage nach Abschluss des vorausgehenden Ermittlungszeitraums an die Disziplinar- und Schiedskommission. Der Exekutivdirektor sendet eine Kopie des schriftlichen Berichts an die Streitparteien.
- 26.8. Die Disziplinar- und Schiedskommission untersucht den schriftlichen Bericht des Vorstands, einschließlich der unterstützenden dokumentarischen Beweise, und führt eine gerechte Anhörung der Streitparteien bezüglich der im Vorstandsbericht aufgeführten Vorwürfe oder Streitigkeiten durch. Die Anhörung muss nicht unbedingt als persönliches Gespräch stattfinden.
- Die Disziplinar- und Schiedskommission hat gemäß Artikel 47.7 der Statuten innerhalb maximal vier (4) Monaten ab Übermittlung des schriftlichen Berichts vom Vorstand an die Disziplinar- und Schiedskommission einen Beschluss zu fassen. Die Disziplinar- und Schiedskommission hat auch die Möglichkeit, Sachverständige, Zeugen und alle Vorstandsmitglieder anzuhören. Auf Antrag der Disziplinar- und Schiedskommission übermittelt der Exekutivdirektor den Streitparteien den Zeitpunkt und den Ort der Anhörung sowie andere relevante Informationen.
- Was das vor der Disziplinar- und Schiedskommission ausgetragene FCI-Streitbeilegungsverfahren anbelangt, kann die Disziplinar- und Schiedskommission gemäß Artikel 45.1 der Statuten den Streitparteien jederzeit zusätzliche Verfahrensregeln und -termine auferlegen, die vom Exekutivdirektor auf Antrag der Disziplinar- und Schiedskommission zu übermitteln sind.
- 26.9. Gemäß Artikel 48.2 der Statuten werden manche Vergehen, sofern sie nicht häufig wiederholt werden, als geringfügiger Verstoß gegen die FCI-Vorschriften betrachtet, wie zum Beispiel:
- a) Eintragung durch ein Mitglied oder Vertragspartner im Zuchtbuch eines aus dem Land eines anderen Mitglieds oder Vertragspartners kommenden Hundes ohne Exportahnentafel oder auf der Grundlage einer nicht von der FCI anerkannten Ahnentafel;
  - b) ***Verspätete Vorlage von Informationen, die von der FCI verlangt wurden (Statistiken, Umfragen usw.).***

Diese Liste ist nicht erschöpfend.

- 26.10 Gemäß Artikel 48.2 der Statuten werden manche Vergehen, sofern sie nicht häufig wiederholt werden, als schwerwiegender Verstoß gegen die FCI-Vorschriften betrachtet, wie zum Beispiel:
- a) **Erteilung einer von der FCI anerkannten Richterlizenz gemäß einem Verfahren, das nicht den Anforderungen der FCI genügt;**
  - b) Aufnahme eines FCI-Richters durch ein Mitglied oder Vertragspartners auf seiner Richterliste, obwohl dieser nicht die Transferbedingungen erfüllt.
  - c) Fälschung offizieller Unterlagen (Ahnentafeln, Anhänge zum Zuchtbuch, Zuchtbücher, Meisterschaftstitel, ...).

Diese Liste ist nicht erschöpfend.

- 26.11 Gemäß Artikel 48.2 der Statuten müssen die Mitglieder und Vertragspartner manche Vergehen als schwerwiegender Verstoß gegen die FCI-Vorschriften betrachten, wie zum Beispiel:
- a) Fälschung offizieller Unterlagen (Ahnentafeln, Anhänge zum Zuchtbuch, Zuchtbücher, Meisterschaftstitel, ...);
  - b) Bestechung, unsittliches Verhalten, üble Nachrede;
  - c) Misshandlung und/oder Vernachlässigung von Hunden;
  - d) Kriminelles oder strafbares Verhalten eines Züchters oder Handlers gegenüber einem Richter und anderen Amtsträgern bei Ausstellungen oder Trials/Prüfungen;
  - e) **Verleumderisches oder offensives Verhalten eines Richters gegenüber seines nationalen Hundeverbandes und/oder der Vereinigung.**

Diese Liste ist nicht erschöpfend.

## Kapitel 11 – Gesetzlicher Wohnsitz

### **Artikel 27 – Gesetzlicher Wohnsitz**

- 27.1. Kann das Land des gesetzlichen Wohnsitzes einer natürlichen Person gemäß Anhang A der Statuten und Artikel 2.1 dieser Geschäftsordnung nicht bestimmt werden, werden folgende Kriterien in absteigender Reihenfolge herangezogen:
- a) das Land des gesetzlichen Wohnsitzes ist das Land, in dem eine natürliche Person die meiste Zeit verbringt;
  - b) das Land des gesetzlichen Wohnsitzes ist das Land, in dem eine natürliche Person ihren Lebensmittelpunkt hat;
  - c) das Land des gesetzlichen Wohnsitzes ist das Land, in dem eine natürliche Person ihren steuerlichen Wohnsitz hat.
- 27.2. Wenn es weiterhin unmöglich ist, das Land des gesetzlichen Wohnsitzes der natürlichen oder juristischen Person anhand des unter Artikel 27.1 dieser Geschäftsordnung beschriebenen Kriteriums zu ermitteln, ist der Vorstand dazu ermächtigt, gestützt auf die ihm vorgelegten Fakten über das Land des gesetzlichen Wohnsitzes zu entscheiden.

### **Artikel 28 – Definition**

28.1. Ein Interessenkonflikt liegt vor, wenn eine interessierte Person mit einer Autoritätsfunktion in der Vereinigung aufgrund eines vermögensrelevanten oder moralischen Interesses aus einem von ihr geschlossenen Geschäft oder einer getroffenen Transaktion, Vereinbarung oder Entscheidung persönlichen Nutzen ziehen kann.

### **Artikel 29 – Verfahren**

29.1. Offenlegungspflicht

- a) In Verbindung mit einem bestehenden oder möglichen Interessenkonflikt muss jede interessierte Person das Vorhandensein der persönlichen vermögensrelevanten oder moralischen Interessen offenlegen, und es ist ihr vor jeder diesbezüglichen Diskussion oder Beschlussfassung in diesen Gremien die Möglichkeit zu gewähren, den Vorstandsmitgliedern oder den Mitgliedern des Exekutivkomitees alle materiellen Fakten betreffend des vorgeschlagenen Geschäfts oder der vorgeschlagenen Transaktion, Vereinbarung oder Entscheidung offenzulegen.
- b) Falls es die interessierte Person unterlässt, den Vorstand oder das Exekutivkomitee zu informieren, hat ein beliebiges anderes Vorstandsmitglied oder Mitglied des Exekutivkomitees, dem der Interessenkonflikt bekannt ist, diesen offenzulegen, um den Vorstand oder das Exekutivkomitee in die Lage zu versetzen, vor jeder Diskussion die Situation zu untersuchen.

29.2. Bestimmung des eventuellen Vorhandenseins eines Interessenkonflikts

- a) Nach Preisgabe der persönlichen vermögensrelevanten oder moralischen Interessen sowie aller materiellen Fakten, und im Anschluss an jegliches Gespräch mit der interessierten Person, bevor die Diskussion darüber auf die Tagesordnung gesetzt wird, hat diese Person den Vorstand oder das Exekutivkomitee zu verlassen, während das mögliche Bestehen eines Interessenkonflikts besprochen und ermittelt wird. Die übrigen Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Exekutivkomitees haben zu entscheiden, ob ein Interessenkonflikt besteht und ausreicht, um den Ausschluss der interessierten Person von den Diskussionen und dem Beschlussfassungsverfahren zu rechtfertigen.

29.3. Verfahren für die Handhabung von Interessenkonflikten

- a) Nach sorgfältiger Prüfung bestimmt der Vorstand oder das Exekutivkomitee, ob die Vereinigung mit angemessenen Bemühungen ein vorteilhafteres Geschäft oder eine vorteilhaftere Transaktion oder Vereinbarung mit einer Person oder juristischer Person erhalten kann, bei der kein Interessenkonflikt besteht.
- b) Falls ein vorteilhafteres Geschäft bzw. eine vorteilhaftere Transaktion oder Vereinbarung unter Vermeidung eines Interessenkonflikts unter den gleichen Umständen nicht auf angemessene Weise möglich ist, hat der Vorstand oder das Exekutivkomitee mit der Stimmenmehrheit der nicht interessierten Mitglieder des Vorstands oder Exekutivkomitees zu ermitteln, ob das Geschäft, die Transaktion, Vereinbarung oder Entscheidung dem bestmöglichen Vorteil der Vereinigung entspricht, zu deren eigenen Nutzen, und ob sie gerecht und angemessen ist. Gemäß der obengenannten Ermittlung ist zu entscheiden, ob das betreffende Geschäft oder die Transaktion oder Vereinbarung zu schließen ist oder der betreffende Beschluss zu fassen ist.

- 29.4. Der Interessenkonflikt ist im Protokoll der Vorstandssitzung oder der Sitzung des Exekutivkomitees festzuhalten.
- 29.5. Wenn der Interessenkonflikt von finanzieller Art ist, hat der Vorstand die Generalversammlung bei deren nächster Versammlung darüber zu informieren.

## Kapitel 13 – Abschließende Bestimmungen

### Artikel 30 – Anhänge

30.1. Die Anhänge dieser Geschäftsordnung sind integraler Bestandteil dieser Geschäftsordnung.

### Artikel 31 – Änderung der Geschäftsordnung

- 31.1. Gemäß Artikel 56.1. der Statuten sind Änderungen der Geschäftsordnung vom Vorstand zu verfassen und von der Generalversammlung gemäß den in Artikel 19.2.p) der Statuten festgelegten Regeln zu verabschieden.
- 31.2. Derartige Änderungen treten am Datum ihrer Verabschiedung durch die Generalversammlung in Kraft und werden zu einem integralen Bestandteil der vorliegenden Geschäftsordnung, vorbehaltlich eines anderslautenden Beschlusses der Generalversammlung.

## Liste der Anhänge

- Anhang 1 – **Bewerbungsformular für Vollmitglieder**
- Anhang 2 – **Bewerbungsformular für Assoziierte Mitglieder**
- Anhang 3 – **Bewerbungsformular für Vertragspartner**
- Anhang 4 – **Bewerbungsformular für die Ausrichtung der ordentlichen Generalversammlung und/oder der Welthundeausstellung (Anlage 2 des *Ausstellungsreglements der FCI*)**
- Anhang 5 – **Bestimmungen der FCI für die internationale (vorläufige und endgültige) Anerkennung einer Rasse**
- Anhang 6 – **FCI-Standardmodell**

Diese neue Geschäftsordnung wurde von der Außerordentlichen Generalversammlung in Brüssel, August 2018 genehmigt.

*Die Änderungen in fetter und italischer Schrift wurden von der Generalversammlung de FCI in Shanghai am 29. April 2019 genehmigt.*



Rafael de Santiago  
FCI-Präsident



Y. De Clercq  
Exekutivdirektor der FCI